

Vélo SaarMoselle: Linke Radler trotzen dem Regen

Bereits zum dritten Mal hatte unsere Fraktion zur Teilnahme an der Vélo SaarMoselle des Eurodistrict aufgerufen. Mit dabei waren auch der Saarbrücker Bundestagsabgeordnete Thomas Lutze, der Mitglied im Verkehrsausschuss ist, und der Landtagsabgeordnete Lothar Schnitzler. Die „linke Tour“ ging vom Saarkran in Saarbrücken bis nach Großblittersdorf. Dabei wurden die Radfahrerinnen und Radfahrer von ei-

nem massiven Regenschauer „heimgesucht“. Trotz durchnässter Kleidung erreichte die Gruppe geschlossen den Kontrollpunkt, gleich hinter der Grenze. Denn schließlich ging es bei der gemeinsamen Fahrt darum, die Bedeutung des Radverkehrs für den grenzüberschreitenden Tourismus hervorzuheben und für das Rad als gesundes und vergleichsweise preiswertes Verkehrsmittel zu werben.

Manfred Klasen, Eurodistrict SaarMoselle



Vor dem Start: Manfred Klasen (2.v.links), Mitglieder aus Saarbrücken, MdB Thomas Lutze (rechts).

Ausstellung: Saarländische Rockgeschichte erleben



Von links: Manfred Klasen, Dagmar Trenz und Hannelore Vatter mit der saarländischen Rock-Legende Gerd Schneider bei der Eröffnung

Die Ausstellung „Saar Rock History“ zeigt die Rockmusik im Saarland von ihren Anfängen bis in die Gegenwart. Beeinflusst von internationalen und nationalen Rockbühnen, entwickelte sich eine lebendige und flächendeckende Musikszene bis in die hintersten Winkel des Landes. Ausgestellt sind Bühnenausfits, Plakate, Fotos und Instrumente. Ein Proberaum lädt zum Indie-Seiten-greifen ein. Zu sehen ist die Ausstellung noch bis Ende 2011 im Historischen Museum am Schloss.

Dagmar Trenz, Zweckverband Historisches Museum

Museumspass

„TICKET“ für 2011/ 2012 erschienen

Die vom Eurodistrict SaarMoselle herausgegebene Broschüre beinhaltet 150 Museen und Ausstellungshallen im Saarland, Lothringen, Rheinland-Pfalz – bis nach Luxemburg. Mit dem „Pass“ können die meisten der aufgeführten Museen deutlich verbilligt, manche auch kostenlos genutzt werden. Erhältlich ist



Infos: www.ticket-saarmoselle.eu,
Tel. (06 81) 506 - 8012

Manfred Klasen, Eurodistrict SaarMoselle

Geöffnet:

Di, Mi, Fr und So 10 – 18 Uhr
Samstags 12 – 18 Uhr
Donnerstags 10 – 20 Uhr
Montags geschlossen.
Eintritt: 3 Euro (erm. 1,50 Euro)

Impressum

V.i.S.d.P.

Jürgen Trenz, Kettelerstraße 2,
66299 Friedrichsthal

Redaktion:

Manfred Klasen,
Dagmar Trenz

DIE LINKE.

Fraktion im Regionalverband
Saarbrücken
Angela Rösel
(Geschäftsführerin)
Saarbrücker Schloss
66119 Saarbrücken

Tel. 06 81 – 506 - 89 00
Fax 06 81 – 506 - 89 99

Mail:
info@dielinke-regionalverband.de

Internet:
www.dielinke-regionalverband.de

Industriekultur erhalten! Erbe von Bergbau und Stahlindustrie touristisch nutzen



Halle der ehemaligen Grube Velsen

Grubenmuseum Kleinrosseln

„Wir wollen, dass eine Kommission gebildet wird, die sich mit den Zeugnissen des Saarländischen Bergbaus und der Stahlindustrie beschäftigt und Nutzungsvorschläge erarbeitet“, fordert Fraktionsvorsitzender Jürgen Trenz. „Es genügt nicht, eine Liste erhaltenswerter Baudenkmäler zu erstellen, ohne eine touristische Nutzung mit zu bedenken.“

So sind das Erlebnisbergwerk Velsen in Saarbrücken-Klarenthal mit dem Ausbildungsstollen, der noch funktionsfähigen Förderanlage aus dem Anfang des letzten Jahrhunderts sowie der alten Kaffeeküche ein großartiges Ensemble. Dieses könnte ein spannender und leicht erschließbarer kulturindustrieller Standort mit hoher Freizeitqualität werden. Auch ist eine grenzüberschreitende Gesamtgestaltung unter Einbeziehung der Halde St. Charles zwischen Großrosseln und Dorf im Warndt, auf der zwei Absinkweiher liegen, sinnvoll.

Hier steckt ein Entwicklungspotenzial, das zu erschließen eine Aufgabe für den Eurodistrikt und den Kooperationsrat des Regionalverbandes ist. Von Seiten des Landes wie des Regionalverbandes und der

Landeshauptstadt Saarbrücken müssen durch eine koordinierte Planung konkrete Schritte folgen.

Dies gilt auch für andere ehemalige Förderanlagen zur Kohle oder Stahlgewinnung im Saarland. Kohle, Eisen und Stahl haben die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung des Saarlandes entscheidend geprägt. Das kulturelle Erbe des Saarbergbaus und der Eisenindustrie einfach dem Vergessen anheim fallen zu lassen, macht die kulturpolitischen Defizite der Landesregierung deutlich.

Die Forderungen unserer Fraktion werden vom kulturpolitischen Sprecher der Linken im Landtag, Lothar Schnitzler, unterstützt.

Jürgen Trenz, Fraktionsvorsitzender

Tragödie in Burbach

Eine Meldung, die auch bundesweit Schlagzeilen machte, erschütterte in den vergangenen Wochen die Saarbrücker. Am 12. Juli fand die Polizei eine Frau und ein kleines Kind tot in ihrer Wohnung im Stadtteil Burbach auf. Die Polizei geht von einem möglicherweise erweiterten Suizid aus, ein Gewaltverbrechen wird ausgeschlossen.

Bei der toten Frau handelte es sich um eine 36-jährige Brasilianerin, die schon seit elf Jahren in Deutschland lebte. Das tot aufgefundene Kind ist ihr 2-jähriger Sohn gewesen. Nach Medienberichten hatte die Burbacherin ihren Aufenthaltsstatus Anfang 2011 nicht mehr verlängert und beantragte auch nicht die weitere Bewilligung von Arbeitslosengeld II. Wie die kleine Familie ohne Geld für Miete, Strom, Heizung, Lebensmittel und Krankenversicherung überleben konnte und sollte, bleibt unklar.

DIE LINKE forderte aufgrund der sehr spärlichen Informationen in der Öffentlichkeit eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses. Dies lehnte die Verwaltung mit der Begründung ab, eine solche Sitzung sei rechtlich nicht zulässig. Nachdem jedoch zwei weitere Fraktionen jetzt ebenfalls reagierten, befasste sich zumindest der Regionalverbandsausschuss mit dem tragischen Fall. DIE LINKE empfahl mit den Untersuchungen und Erkenntnissen offensiv umzugehen. Außerdem müssten die Abläufe auch auf Lücken in der Sozialgesetzgebung des Bundes untersucht werden.

Das Jugendamt teilte immerhin nach dieser Sitzung öffentlich mit, dass ein externer Sachverständiger die internen Abläufe und die Zusammenarbeit mit anderen Behörden des Regionalverbandes überprüfen werde.

Dagmar Trenz,
Jugendpolitische Sprecherin

Gesamtschule Rastbachtal Proteste in Burbach: Uns stinkt's!

Jede Mutter und jeder Vater ist stolz, wenn die eigenen Kinder es endlich gelernt haben, die häusliche Toilette regelmäßig zu benutzen und sie in hygienisch einwandfreiem Zustand zu hinterlassen. Wenn Eltern ihre Kinder zur Erfüllung des staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrages in die Obhut der Schule übergeben, müssen sie sicher sein, dass ihre bisherigen Erziehungserfolge nicht durch schulische Situationen in Frage gestellt werden. So gesehen, sind sowohl aus hygienischen Gründen als auch aus pädagogischer Sicht hohe Anforderungen an den Zustand von Toilettenanlagen an unseren Schulen zu stellen. Schulen dürfen nicht durch untragbare hygienische Zustände den gemeinsamen Erziehungsauftrag von Eltern und Schule konterkarieren. Die Hinweise der Regionalverbandsverwaltung auf „leere Kassen“, den Investitionsstau von rund 25 Millionen



Euro und eine vorliegende „Prioritätenliste“ taugen vielleicht zur Abwehr von überzogenen Wünschen und Begehrlichkeiten mancher Schulvertreter. In diesem Falle muss aber das Gesundheitsamt gehört werden. Sollte dieses – bei der von unserer Fraktion beantragten Überprüfung der hygienischen Verhältnisse – zu negativen oder grenzwertigen Ergebnissen kommen, dann muss sich in Sachen Toilettenanlage an der Rastbachtalschule sofort und nicht erst in 2012 etwas tun! Der Gesundheit unserer Schülerinnen und Schüler gebührt Vorrang vor Prestige- und Verschönerungsmaßnahmen!

Sigurd Gilcher, GBS

Wahl für SHG-Aufsichtsrat LINKE für mehr Transparenz im Regionalverband

Eine breite Beteiligung und Mitbestimmung ist für DIE LINKE. Fraktion im Regionalverband Auftrag der Bürgerinnen und Bürger. Bei der Wahl zum Aufsichtsrat für die Saarland Heilstätten GmbH (SHG) hatte die Verwaltungsspitze gemeinsam mit den Fraktionen von CDU und SPD Politik nach Gutsherrenart betrieben. Ihre Kandidaten wurden durchgewählt, die Opposition war außen vor. Das KSVG sieht u. a. bei der Vertretung von Kommunen in Unternehmen in Privatrechtsform eine Einigung vor, d.h. die Vertreter für den Aufsichtsrat sollen im Konsens der Parteien bestimmt werden. Immerhin entfallen fast 40 % der Stimmen im Regionalverband auf die Oppositionsparteien. Gerade nach der skandalösen Abfindung von 700.000



Euro an den ehemaligen Geschäftsführer der SHG Joachim Wild, wäre eine Beteiligung aller Fraktionen notwendig gewesen. Bei der Wahl am 16.06.2011 hatte DIE LINKE Sigurd Gilcher für den Aufsichtsrat vorgeschlagen. Bei der offenen Abstimmung erhielt dieser auch die Stimmen von FDP und Grünen. Das Wahlverfahren war nach Auffassung der Oppositionsparteien fehlerhaft, die Durchführung fand teils unter tumultartigen Umständen statt. LINKE, FDP und Grüne haben deshalb Beschwerde bei der Kommunalaufsicht eingelegt. Der Regionalverband hält 40 % der SHG-Anteile. Diese gehören allen Bürgerinnen und Bürgern des Regionalverbandes, nicht nur den Funktionären der großen Parteien.

Jürgen Trenz, Gesundheitsausschuss

Barrierefreiheit im Regionalverband Konkrete Planung und eigener Haushaltstitel gefordert

Barrierefreiheit ist nicht erst seit der UN-Behindertenrechtskonvention eine sowohl im Bundes- (BGG) als auch im Landesrecht (SGBB) geregelte gesetzliche Pflichtaufgabe. Legt man die gesetzliche Definition des Begriffs an, dann ist das Saarbrücker Schloss nicht barrierefrei, weil es etwa an einem Leitsystem für Blinde und Sehbehinderte fehlt. Das Soziale Dienstleistungszentrum ist nicht barrierefrei, weil stärker Gehbehinderte oder Rollstuhlfahrer dieses nicht „in der sonst üblichen Art und Weise und ohne fremde Hilfe“ – wie gesetzlich bestimmt – nutzen können. Erbprinzenpalais und Altes Rathaus sind für Rollstuhlfahrer überhaupt nicht zu betreten. Die meisten Schulen des Regionalverbands sind für Schüler im Rollstuhl nicht zu nutzen. Auch viele Bescheide und Texte des Regionalverbandes sind unverständlich oder

schlecht lesbar und daher nicht barrierefrei. Die immer wieder öffentlich vorgetragene Leugnung der fehlenden Barrierefreiheit oder auch der Verweis auf den (gegenüber der Barrierefreiheit nachrangigen) Denkmalschutz erscheinen kontraproduktiv, ebenso Hinweise auf bestimmte Summen, die bereits investiert wurden. DIE LINKE fordert eine Agenda für mehr Barrierefreiheit im Regionalverband, die konkrete Schritte bis zur gesetzlich vorgesehenen Frist, dem 01.01.2014, enthält. Entsprechend ihrer Bedeutung sollte die Herstellung der Barrierefreiheit auch in Form eines eigenen Titels im Haushalt des Regionalverbandes berücksichtigt werden. So wird sichergestellt, dass eingestellte Gelder auch tatsächlich zweckentsprechend verausgabt werden.

Mike Botzet, Sozialausschuss

2011 - Das Jahr der Pflege Gute Pflege sozial gerecht finanzieren

Die Bundesregierung hat das Jahr 2011 zum „Jahr der Pflege“ erklärt, doch die dringend notwendige Pflege-reform soll nun doch erst 2012 eingeführt werden. Die von CDU, CSU und FDP momentan geplante Familienpflegezeit, die man den pflegenden Angehörigen einräumen will, ist jedoch eher eine Entlastung für Arbeitgeber und Versicherungen. Außerdem ist eine ergänzende Kapitaldeckung der Pflegeversicherung im Gespräch, bei der alle Beschäftigten mit einer Kopfpauschale belastet werden und die Arbeitgeber außen vor bleiben sollen. Damit setzt die Bundesregierung ihre Politik der immer stärkeren Belastung der Beschäftigten und der Entlastung der Unternehmen fort. Stattdessen sollte sich die Politik mit Ärzten und Gewerkschaften gemeinsam um soziale und gerechte Alter-

nativen für eine Weiterentwicklung der Pflegeversicherung bemühen. Denn entgegen anders lautender Beteuerungen wartet eine gut gefüllte Kasse der Pflegeversicherung darauf, an die Pflegebedürftigen verteilt zu werden.

Wir alle haben eine immer höhere Lebenserwartung, leider nicht ohne die Auswirkungen des Alters. So wird ein immer größerer Teil der Bevölkerung pflegebedürftig, zwangsläufig erhöht sich der Bedarf an professionellen Pflegekräften. Es wäre endlich an der Zeit, dass Politik und Gewerkschaften auch hier mal genau hinschauen: Die Arbeitsbedingungen und Tarifverträge müssen dringend überarbeitet werden, um die physisch wie psychisch sehr belastende Arbeit der Altenpfleger/-innen attraktiver zu gestalten.

Hannelore Vatter, Pflegeausschuss

Besuch von Tafel, Kinderhaus u. Jugendzentrum Fraktion vor Ort in Völklingen

Vieles wird über die Köpfe der Menschen entschieden. DIE LINKE lässt die Bürger selber sprechen. In Völklingen besuchte die Fraktion Einrichtungen aus dem Sozial- und Jugendbereich. Start war in der Gatterstraße, wo sich u. a. die Völklinger Tafel und die Schuldnerberatung befinden, die beide vom Diakonischen Werk getragen werden.



Eine Runde kicken mit den Kids

Aufgrund der langen Wartezeit für Ratsuchende fordert DIE LINKE mindestens eine zusätzliche halbe Stelle. Hoch engagiert sind die Mitarbeiter/-innen des Kinderhauses in der Marktstraße, das besonders für Familien in der Innenstadt eine niederschwellige Anlaufstelle ist. Am Ende des langen Tages stand der Besuch des Jugendzentrums in der Hofstattstraße auf der Tagesordnung. Beeindruckt von den vielen intensiven Gesprächen trafen wir uns schließlich mit Mitgliedern der Völklinger Fraktion zum Abschlussgespräch. Soziale Einrichtungen sind notwendiger denn je, so das Fazit der Fraktion.

Jürgen Trenz, Fraktionsvorsitzender

Einmalig im Saarland

Arbeitslose reden im Beirat des Jobcenters mit



Zukünftig wird im Saarland erstmalig eine Arbeitslosenorganisation im Beirat eines Jobcenters vertreten sein. Auf Initiative des linken Vertreters in der Trägerversammlung des Jobcenters ist die „Koordination Saarländischer Arbeitsloseninitiativen“ in den Beirat aufgenommen worden. Der Beirat beschäftigt sich insbesondere mit den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten und deren Anwendung.

Ab sofort wird die Stimme der direkt Betroffenen die Arbeitsmarktpolitik wie die Bürgerarbeit kritisch und konstruktiv begleiten können. Die Sicht und die Erfahrungen derer, die Arbeitsmarktpolitik und ihre Auswirkungen am eigenen Leib spüren, sind durch nichts zu ersetzen! Die Beteiligung von Arbeitslosen an der Diskussion wird sicher nicht nur den direkt Betroffenen nutzen, sondern auch den Jobcentern. So kann rechtzeitig, im Vorfeld der Umsetzung von Maßnahmen, auf Schwierigkeiten und Befindlichkeiten der Langzeitarbeitslosen hingewiesen und dadurch Fehler und unnötiger Ärger vermieden werden.

Manfred Klasen,
Trägerversammlung Jobcenter Saarbrücken

DIE LINKE.
Fraktion im Regionalverband